

Etatrede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Sehr geehrte Frau Kulturdezernentin,

Sehr geehrter Herr Baudezernent,

Kolleginnen und Kollegen,

Meine Damen und Herren,

Ich durfte in den vielen Jahren meiner Ratszugehörigkeit schon viele Haushaltsreden halten, aber sicherlich ist diese nicht vergleichbar mit denen der Vorjahre.

Ja, es sind andere Vorzeichen...meistens waren es ausgeglichene Haushalte und jeder von den politischen Mitstreitern versuchte sich darin, dass aus seiner Sicht Beste darin unterzubringen.

Jeder hat sich Mühe gegeben und natürlich auch Maßnahmen platziert, die nicht nur richtig, sondern auch wichtig waren.

In diesem Jahr lag die Herausforderung darin, eine Konsolidierung hinzubekommen, die von den Rahmenbedingungen her ihres gleichen

sucht. In den letzten Jahrzehnten gab es kaum schlechtere Bedingungen als wir sei jetzt vorfinden. Es ist Krieg in Europa – Die Sozialhaushalte fliegen uns um die Ohren, weil Bund + Land vergessen haben, die Kommunen mit dem auszustatten was nötig ist, wenn man sich Sozialstaat leisten will – **Geld**

Aufgaben an die Kommunen ja – Finanzausstattung nein...so könnte man es auf den Punkt bringen – nichts Neues

Es ist für uns auch schwer gewesen, weil die Verwaltung bereits im September mehr oder weniger die Voraussetzungen für die Beratungen zum Haushalt vorgegeben hat. In Vorgesprächen mit der ADD wurden mit der Konsolidierung einhergehend Steuererhöhungen mit eingepreist. Eine Erwartungshaltung, der man natürlich gerecht werden will. Steuererhöhungen, die in der Gesamtlage unseres Landes aus unserer Sicht zur Unzeit kommen. Wann ist schon die richtige Zeit?

Wir bekommen eine Verfügung der Kommunalaufsicht u. a. mit einem **sofortigen Ausgabenstopp** und der Stadtrat bekommt nicht einmal eine Information darüber oder die Möglichkeit, über einen Rechtsbehelf nachzudenken.

Damit nicht genug, die von den höchsten Richtern aufgegebenen Forderung nach einer Grundsteuerreform läuft Gefahr abermals von den Verfassungshütern kassiert zu werden.

Die Möglichkeit einer Nivellierung bei den Hebesätzen mit einer Differenzierung zwischen gewerblich und privat genutzten Grundstücken durch die Länder, mit dem Ziel einer GERECHTIGKEIT wurde von unserer Landesregierung so lange ignoriert, bis dann aus den eigenen Reihen der Druck so groß wurde, dass man reagiert hat. Und wie?

Man hat das Problem nicht selbst gelöst, sondern es bei den Kommunen abgeladen, so zumindest die Absicht des Landes. Sollen die Kommunen doch selbst sehen, wie sie damit klarkommen. Genau da liegt das Problem. Statt zu helfen, hat man die Kommunen vor ganz große Probleme gestellt. Danke dafür...

- Wir reden um Varianten, Höhe der Hebesätze, Beträge, die wir so generieren sollen, Aufkommensneutralität usw.
- Wir reden darüber, ob wir bereits Beträge in den Haushalt reinschreiben, ohne die Höhe der Hebesätze zu kennen. Das kann man ja später nachholen. So geht das nicht...

In den Beratungen wurde immer wieder deutlich gemacht, dass neben einer Aufkommensneutralität auch erwartet wird, dass im Rahmen der Steuererhöhungen auch Konsolidierung betrieben wird – die Gewerbesteuer soll auch steigen. Zur Wahrheit gehört dann aber auch dazu, dass weit über die Hälfte der Gewerbetreibenden gar keine Gewerbesteuer bezahlen. Wahr ist auch, dass unsere Wirtschaft derzeit an allen Ecken ums nackte Überleben am Kämpfen ist.

Unsere Gespräche mit betroffenen Gewerbetreibenden und Interessenverbänden zeigen jedenfalls wenig Akzeptanz und Verständnis für die Absichten der Stadt, die Konsolidierung mit Steuererhöhungen zu betreiben.

Wir haben eine sehr fragile Rechtslage bei der Grundsteuer und eine derzeit nicht zu ermittelnde Höhe der Hebesätze bei den gewerblichen und privaten Grundstücken bis hin zu differenzierten Hebesatzermittlungen zwischen Stadt und Land. Damit einhergehend entfällt auch das Argument, dass mit der Erhöhung der Gewerbesteuer sozusagen ein Ausgleich bei den Belastungen zwischen Privat und Gewerbe gegeben ist.

Damit das auch klar als Botschaft zu erkennen ist. Diesem Szenario können wir uns nicht anschließen. Vielmehr gründet sich unser Ansatz der Konsolidierung auf ein Gesamtpaket von 42,4 Mio. Euro in Einnahmen und Ausgaben aufgeteilt. Diese Zahl möchte ich deshalb zu Beginn nennen, da wir aufzeigen wollten, dass es sehr wohl möglich ist, sich in Summe auf den Weg zu machen, um die Konsolidierung **ohne Steuererhöhungen** voranzutreiben.

Nicht jede unserer Maßnahmen hat Zustimmung gefunden – einige Ansätze konnten offensichtlich an rechtlichen Hürden nicht zur Umsetzung kommen.

Die Richtung jedenfalls war unverkennbar und klar definiert.

Jedenfalls können wir zurecht behaupten, dass wir uns maßgeblich an einer Konsolidierung beteiligt haben und uns nicht, wie einige andere darauf beschränkt haben, alles und jedes zu kritisieren, um am Ende die eigenen Begehrlichkeiten zu schützen, ohne einen einzigen, konstruktiven Vorschlag einzubringen.

Ob und inwieweit man an der ein oder anderen Stelle die Rechtfertigungen dafür oder dagegen mit „unabweisbar“ oder „Wahrheit und Klarheit“ strapazieren möchte – wir hätten in einer ersten Runde mit der ADD einen Aufschlag hinbekommen, der uns gemessen an der

Ausgangslage schon ganz Nahe in Richtung Haushaltsausgleich gebracht hätte – ohne Steuererhöhungen.

Und auch die „Gefahr der haushaltslosen Zeit“ taugt nicht zur Rechtfertigung, Steuererhöhungen als „MUSS“ zu deklarieren – wie das schon in den Jahren zuvor immer als Drohgebärde aufgebaut worden ist. Die in diesem Fall zur Verfügung stehenden Kreditermächtigungen für unsere Investitionen würden mit den Resten aus 2024 in Höhe von 31 Mio. Euro und mindestens 22 Mio. Euro aus dem neuen Ansatz würden ausreichen, um zumindest mal das erste Halbjahr ohne Sorgen bestreiten zu können.

Im sog. Freiwilligen Leistungsbereich würden in Summe von über 30 Mio. lediglich die nicht vertraglich gebundenen Leistungen in Höhe von 2,5 Mio. Euro für 2025 zur Disposition stehen. Ein Risiko, was wir auch hier in der 2. Jahreshälfte abstellen könnten.

Was uns aber besonders geärgert hat ist die Tatsache, dass wir bei den Ausbaubeiträgen und Vorausleistungen Einnahmepotentiale in Gesamthöhe von 8,3 Mio. Euro nicht ausschöpfen, weil personelle und organisatorische Gründe eine Realisierung nicht möglich machen. Wir haben darüber hinaus auch in personeller Hinsicht einen Impuls gesetzt,

um diesem Problem zu begegnen, im Übrigen schon seit längerer Zeit bestehend.

Diesem Beispiel folgend, hätte man in Summe einer nunmehr im Raum stehenden Steuererhöhung aus dem Weg gehen können – macht man aber nicht.

Wir korrigieren in jedem Jahr unsere Investitionen, weil dies und jenes nicht eingetroffen ist und sehen das als völlig normal an.

Bei der Einnahmeerzielung trauen wir uns das nicht...so unterschiedlich können „Wahrheit und Klarheit“ liegen.

Wir haben im Vorfeld mit unserem Antrag, bei der defizitären Betrachtung des Haushalts die Kosten zur Bewältigung der Flüchtlingskrise außer Acht zu lassen, ein wichtiges Zeichen der Landesregierung eingefordert. Fehlanzeige! – Sehr bemerkenswert die Antwort des Kommunalministers, die Flüchtlingskrise in eine Beliebigkeit mit anderen Problemen zu stellen. Diese Krise ist keine Länderspezifische Krise, Sie ist National – Sie ist Europäisch – Sie ist weit über die europäischen Grenzen hinaus präsent und spürbar – und damit von überdimensionalem Ausmaß.

Diese Entscheidung hätte unsere Situation im Haushalt um geschätzte 15 Mio. Euro erleichtert, trotz der avisierten Erhöhung der Kopfpauschale für untergebrachte Flüchtlinge. **Abgelehnt!**

Es hat sich uns nicht erschlossen, weshalb in Vorgesprächen mit der ADD mögliche Steuererhöhungen wie selbstverständlich eingepreist worden sind und dass alleine dem Rat zustehende Budgetrecht mit einer solchen „Hypothek“ zu belasten.

Herr OB, Sie haben in den Beratungen stets betont, dass man von Seiten der ADD „maximale Anstrengungen bei Einnahmen und Ausgaben erwartet“ und das grundsätzliche Ziel des Haushaltsausgleichs in diesem Fall nicht als absolut verfolgen würde. Das wäre aus unserer Sicht auch anderweitig möglich gewesen.

Hebesatzpolitik ist auch ein Standortfaktor – in jeder Hinsicht. Und insoweit lassen wir auch nicht gelten, wenn eine ADD alle Bemühungen am selbstdefinierten Punkt der „Nachhaltigkeit“ scheitern lässt.

Wir treten in jedem Jahr in die Pflicht ein, über Einmaleffekte zu konsolidieren, weil eben nur Steuererhöhungen eine „Nachhaltigkeit“ entfalten und das ja nicht dazu führen kann, dass man unter Beibehaltung dieser Lesart zwangsläufig in großen Schritten in die „Vergeblichkeitsfalle“ getrieben wird.

Es bleibt dabei – die Haushalte der rheinland-pfälzischen Kommunen leiden unter strukturellen Defiziten, die mit dem Instrument der Steuererhöhungen nicht bekämpft werden können.

Vielleicht ist es gerade in diesem Jahr bei diesen Rahmenbedingungen an der Zeit, auch in Sachen Verwaltung mal etwas länger auf Selbige eingehen. Die ist nämlich auf vielen Gebieten sehr gut, dass darf und muss man auch bei allen kritischen Fragen auch mal sagen.

Wir glauben, alles in allem haben wir eine tolle und funktionierende Verwaltung mit dem Willen und der Qualität zur Verbesserung in allen Bereichen....**Danke für diese Großstädtchenliebe.**

Herzlichen Dank an alle für das Miteinander, was ja in vielen Stellen auch vorhanden ist zum Wohle der schönsten Stadt an Mosel und Rhein.

Im Resümee unserer abschließenden Bewertungen wird es unter diesen Voraussetzungen mit uns keine Zustimmung zum Haushalt geben.

Wir werden schlecht behandelt – Wir werden im Stich gelassen – Wir hätten es ohne Steuererhöhungen angehen können.

Für diese Versäumnisse jetzt die Menschen in dieser Stadt in die Verantwortung zu nehmen, halten wir für ein schlechtes Signal.

Die CDU wird diesem Haushaltsentwurf keine Zustimmung erteilen.

Vielen Dank.